

**NEUNZEHNTE  
EUROPÄISCHES GESPRÄCH  
1970**

**EUROPA 1970  
Bilanz und Zukunft der Europapolitik  
Krisenmanagement oder Emanzipationsstrategie**

**STÄDTISCHER SAALBAU, RECKLINGHAUSEN  
DIENSTAG, 12. MAI BIS DONNERSTAG, 14. MAI 1970**



**Gesprächsleitung:** **Günther Nenning**  
Herausgeber der Zeitschrift „Neues Forum“,  
Wien

**Referat:** **Heinz Kuby**  
Abteilungsleiter Europäisches Parlament  
Luxemburg

**Diskussionspartner  
am Podiumstisch** **Professor Dr. Hans Christoph Binswanger**  
Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre  
an der Hochschule St. Gallen  
Generalsekretär der Schweizerischen Gesell-  
schaft für europäische wirtschaftliche  
Zusammenarbeit

**Manfred Dammeyer**  
Direktor der Volkshochschule Oberhausen

**Professor Dr. Harold C. Deutsch**  
Professor für Geschichte, Fakultätsmitglied der  
Universität Minnesota, z. Z. München

**Dr. Franz Froschmaier**  
Berater im Kabinett des Herrn von der Groeben  
der Kommission der Europäischen Gemein-  
schaften, Brüssel

**Ernest Glinné**  
Bürgermeister von Courcelles/Belgien  
Mitglied des Europäischen Parlaments

**Dr. Erich Kitzmüller**  
Publizist, Graz

## **Günther Nenning**

Geboren 23. 12. 1921 in Wien. Dr. phil., Dr. rer. pol., Journalist. Schule in Wien, Universität Graz. Chefredakteur „Neue Zeit“, Graz. Seit 1958 Herausgeber „Forum“ Wien, Mitherausgeber der „Europäischen Perspektiven“, Wien-Köln-Zürich. Seit 1960 Vorsitzender des Österreichischen Journalistenverbands. Vorsitzender der Sektion Österreich der Paulus-Gesellschaft. Mitglied im Vorstand des Österreichischen Verbands katholischer Journalisten. Mitglied des Österreichischen Presseinstituts und des Vorstands des Internationalen Journalistenverbands. Rundfunk- und Fernsehkommentator.

Veröffentlichungen: „Anschluß an die Zukunft“, Wien 1963; „Neue Sozialdemokratie“, Wien 1965; „Öffnung oder Untergang“, Wien 1966; „Die Jugendrevolte“, Zürich 1969; Herausgeber: „Neue Welle in der Sowjetunion“, Wien 1964; Kantorowicz, „Deutsche Schicksale“, Wien 1964; „Richter und Journalisten“, Wien 1965; „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“, Graz 1965. Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Theodor-Körner-Preis 1960 und 1962.

## **Heinz Kuby**

Geboren 1925 in Frankfurt/Main. 1941–1945 Militär. 1946–1950 Studium in Frankfurt/Main und Tübingen (Phil. Fak.) 1951–1958 publizistische und Lehrtätigkeit (Seminar für Politik). Seit 1958 Conseiller und Abteilungsleiter beim Europäischen Parlament (Abteilung „Dokumentarische Untersuchungen“).

Veröffentlichungen: Souveränität für Westeuropa, Hannover 1964; Provokation Europa, Köln-Berlin 1965; Transnationale Wirtschaftspolitik (zus. mit Erich Kitzmüller), Hannover 1968; Europäische Optionen. Die Krise um den Beitritt Englands (als Herausgeber und Mitarbeiter); Politische, gesellschafts- und kulturpolitische Arbeiten in Zeitschriften, Zeitungen und Rundfunk.

## **Professor Dr. Hans Christoph Binswanger**

Geboren 1929 in Zürich. Studium der Volkswirtschaftslehre in Zürich. Promotion 1956. 1956–57 Assistent am Volkswirtschaftlichen Seminar der Universität Zürich. 1957–67 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Schweiz. Instituts für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen. 1959/60 Alexander von Humboldt-Stipendiat in Kiel. 1967 Habilitation. Seit 1967 Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. — Vizepräsident der Schweizerischen Gesellschaft für Außenpolitik; Generalsekretär der Schweizerischen Gesellschaft für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit; Vorstandsmitglied der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der Hochschule St. Gallen.

Veröffentlichungen: „Markt und internationale Währungsordnung“ (1969) als Herausgeber (zusammen mit Dr. H. Mayrzedt) „Die Neutralen in der europäischen Integration“, Zahlreiche Aufsätze, vor allem über Probleme der europäischen Integration.

## **Harold C. Deutsch**

Studien: Abschluß der Universität Wisconsin (gebürtig aus Milwaukee); akademische Grade: M. A. der Universitäten Wisconsin und Harvard. Ph. D. der Harvard-Universität 1929.

Akademische Laufbahn: Fakultätsmitglied der Universität Minnesota seit 1929. Professor für Geschichte (Hauptgebiet Europa des 20. Jahrhunderts und die beiden Weltkriege). Vorsitzender der Universitätsabteilung (Department) für Geschichte (1960–1966) sowie des Studienprogramms für Studien in westeuropäischer Geschichte. Zwei Semester als Studiendirektor für das Gebiet Westeuropa am National War College, Washington, D. C. (1948, 1950). Gastprofessor (Gastdozent) an der Freien Universität Berlin, 1963.

Studienreisen ins Ausland: seit 1928 etwa acht Jahre in Europa für verschiedene Forschungsprojekte.

## Marc Paillet

Geboren 1918. Diplom für Hochschulstudium in Geschichte und Geographie der Fakultät Paris. 1939 Militärdienst. Widerstandsbewegung 1942–1944. Seit 1947 Journalist; Gewerkschaftsbewegung Force Ouvrière. Seit 1957 Club-Bewegung in Frankreich und seit ihrer Gründung vor allem an den republikanischen Institutionen, die François Mitterand leitet. Führt im Dezember 1965 die Propagandaabteilung der Präsidentschafts-Wahlkampagne von François Mitterand. Vorstandsmitglied im Verband der Linksdemokraten und Sozialisten, nichtkommunistische Linke in Frankreich. Teilnehmer an vielen europäischen Veranstaltungen, u. a. Versammlung europäischer Gemeinden in Rom. Auslandsreisen: Ferner Osten, Amerika, Afrika.

Veröffentlichungen: Essay über Probleme der Linken, insbesondere in Frankreich: „Die Linke im Jahre Null“ und „Zu einer neuen Gesellschaft“.

## Altiero Spinelli

Geboren 1907. 1927–1943 politischer Gefangener Mussolinis. Schreibt 1941 auf der Verbannunginsel Ventotene das „Manifest für ein freies und vereinigtes Europa“, das illegal in Italien zirkuliert und zur Sammlung der ersten Gruppe italienischer Europäischer Förderalisten führt. Begründet im September 1943 in Mailand das Movimento federalista europeo, dem er bis 1962 als Generalsekretär vorsteht. Von 1962–1966 visiting professor in political science an der Johns Hopkins University in Bologna. Seit 1966 Direktor des Institutes für auswärtige Politik (Istituto Affari Internazionali) in Rom.

Veröffentlichungen: „Dagli Stati sovrani agli Stati Uniti d'Europa“ (1950) – „Manifesto dei federalisti europei“ (1957) – „Tedeschi al bivio“ (1958) – „L'Europa non cade dal cielo“ (1960) – „Rapporto sull'Europa“ (1965) – „Il Lungo Monologo“ (1969) Herausgeber der in italienisch und englisch erscheinenden Zeitschrift „Lo Spettatore internazionale“.

## Bernhard Tacke

Geboren 1907 in Bocholt/Westfalen. Erlernter Beruf Weber. Von 1928 bis 1933 Sekretär des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter in Sachsen, Niederlausitz und Mönchengladbach. 1933 bei der Zerschlagung der Gewerkschaften von den Nationalsozialisten aus der gewerkschaftlichen Tätigkeit entfernt. Nach Rückkehr aus der Gefangenschaft 1945 Mitbegründer der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder für das linksrheinische Gebiet. 1946 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder für Nordrhein-Westfalen. 1947 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der gleichen Gewerkschaft für den Bereich der britisch besetzten Zone. Aufgabengebiete: Wirtschaftspolitische, tarifpolitische und Pressefragen. 1949 stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Bundesrepublik Deutschland. Seit 1956 stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Leiter der Abteilung Bildung und Tarifpolitik. Mitglied des Vorstandes der Internationalen Vereinigung der Arbeiterbildungsverbände. Vorsitzender des Tarifpolitischen Ausschusses beim Europäischen Gewerkschaftssekretariat.

Veröffentlichungen: Über lohn- und tarifpolitische Fragen, Kultur- und Bildungsfragen.

## Carl Ludwig Wagner

Dr. jur. geb. 1930 in Düsseldorf. Schule und Gymnasium Berlin und Trier. Abitur in Trier, Studium der Rechte Universität Mainz und Montpellier Frankreich. Promotion Johannes-Gutenberg-Universität Mainz 1960. 1953–54 wissenschaftlicher Assistent in Mainz. 1957 Verwaltungsbeamter in Rheinland-Pfalz. 1959 Beamter beim Europäischen Parlament Luxemburg. Ab 1964 Direktor. 1969 Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Veröffentlichungen: Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen über Fragen der europäischen Integration.

Heinz Kuby:

BILANZ UND PERSPEKTIVEN DER EUROPA-POLITIK:  
KRISENMANAGEMENT ODER EMANZIPATIONSSTRATEGIE

## I: BILANZ

0 Die Bilanz der Europäischen Gemeinschaften und der Integrationspolitik - oder Anti-Integrationspolitik - ziehen, verlangt die gesellschaftliche Wirklichkeit wie seinen weltpolitischen Ort im ganzen zu erfassen, seine politische Struktur, seine ökonomisch-politische Realität mit ihren Widersprüchen und Haupttendenzen, mit den daraus resultierenden Interessenkomplexen - und nicht etwa nur die bei dieser Integration vorgestellten Absichten, wahre und verschleierte, mit ihren Ideologien und Rationalisierungen. Jede andere Bilanz wäre trügerisch. Eine Gegenüberstellung etwa von allen Ratsbeschlüssen und Kommissionsdokumenten der EWG, die Entschliessungen des Europäischen Parlaments hinzugenommen - eine derartige Bilanz wäre nicht nur kaum jemanden zuzumuten, sie bliebe auch ohne politischen Aussagewert. Denn darüber haben uns zwei Jahrzehnte Integrationspolitik belehrt, dass ihre Ursachen und Auswirkungen - wie auch ihre Folgelosigkeit - nicht aus Vertragstexten und Beschlüssen abzulesen sind.

0.1 Die westeuropäische Gemeinschaft ist von ihren Gründern als Weg und Instrument beschrieben worden, Europa aus der Vergangenheit herauszuführen und seiner Gegenwart anzunähern; und sogar entscheidende Gegner haben ihr den Charakter "objektiver Notwendigkeit" nicht aberkannt.<sup>1)</sup> In die Gegenwart, nicht erst in eine Zukunft: die meisten Bedingungen unserer Existenz, die politischen Instrumente, die soziale Verfassung und Organisation, auch die meisten Denkinstrumente entstammen nicht nur der Vergangenheit, sie sind Vergangenheit. Die Frage: wie erreichen wir die Gegenwart, wie schaffen wir Instrumente und Bedingungen für ein uns angemessenes Leben, hier und jetzt - sie sollten als Antrieb hinter dem Integrationsunternehmen in Westeuropa vermutet werden dürfen - wurden jedenfalls als Postulate in die Gründungsverträge eingebracht.

---

1) so die Moskauer Wissenschaftlerkonferenz im August 1961

Eine friedfertigeren Organisation von Staat und Gesellschaft, besseres Leben durch angemessenere Nutzung der Produktivkräfte und eine gesellschaftliche und politische Verfassung, die den Menschen Freiheit ermöglicht - und d.h. zu jener wie zu dieser Stunde: Befreiung von unnötiger Abhängigkeit und Fremdbestimmung der Europäer wie Europas, gleich ob innen auferlegt oder von aussen: dies sind die Versprechen, mit denen die Integration der westeuropäischen Staaten verbunden wurde. An ihnen sind darum Bilanz und Perspektiven zu orientieren: nicht die Leistung von Administrationen gilt es in erster Linie zu erfassen oder deren Effekt in Handels- und Profitsteigerungsraten, sondern eine Antwort auf die Frage: was hat die Gemeinschaft bisher für die Befreiung der Menschen und der Freisetzung ihrer Fähigkeiten geleistet, was verspricht was eingeleitet ist, und welches sind die Widerstände, Hindernisse und Gegner?

#### 1. Die Nutzung der Produktivkräfte

Eine erste Feststellung:

Trotz "Gemeinschaft" - mit ihr und ohne sie - entfalten sich die produktiven Kräfte unzureichend und in beängstigender Einseitigkeit. Westeuropa, besonders die derzeitigen Gemeinschaftsländer und die Beitrittskandidaten, hat ganz offenbar alle Voraussetzungen, um die unermesslichen Möglichkeiten in Wissenschaft und Technologie für die Menschen, für eine menschenwürdige Gesellschaft zu nützen. Aber diese Chance wird nur in einem beschämend geringen Mass genützt; und sie wird auf so einseitige und perverse Art genützt, dass die unter unseren Händen sich formende Industriegesellschaft wie eine Karikatur aussieht und alle Ansprüche auf ein gutes Leben verhöhnt.

- 1.1 Ueber den Sachverhalt besteht weithin Uebereinstimmung, soweit es um die Chancen geht. Westeuropa ist zweifellos eine vevorzugte Region. Ersparen Sie sich, sich zum x-ten Mal vorrechnen zu lassen, welches ungeheures menschliches Potential in unseren Ländern bereitsteht: an Lernfähigkeit, an schon ausgebildeter und noch ausbildbarer Lernfähigkeit, an schöpferischer

Phantasie, aber auch an akkumulierten Produktionsmitteln, an Infrastruktur jeder Art, an Erfahrungen und Reichtümern. Ersparen Sie mir bitte auch zu wiederholen, was ohnedies niemand infrage stellt, von Paris bis hin nach Moskau: dass nämlich die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Integration ganz allgemein die Chancen für den Aufbau einer leistungsfähigen Gesellschaft erheblich steigern kann; das Argument ist so alt und unwiderlegt, dass man sich allerdings fragen muss, warum diese Integration so schleppend voranging und stagniert - womit wir dem politischen Kern unseres Themas nahekommen.

Aber halten wir zunächst fest, wie relativ wenig von diesen Produktivitätschancen tatsächlich realisiert wird. Selbstverständlich geht es uns besser; oder doch vielen von uns; oder doch zumindest insofern besser, als immer mehr Konsumgüter erzeugt und verteilt werden; und wem es ganz schlecht geht, in Kabbrien sagen wir, der kann versuchen, Arbeit in anderen Gemeinschaftsländern zu finden. Gewiss, die Älteren unter uns sind sicher, dass vieles besser geworden ist; was nach Wirtschaftskrise und Kriegselend ja nun wirklich kein Massstab ist und den Jüngeren mit Recht gleichgültig. Aber wie besser geht es uns? Wieviel und um welchen Preis? Im Vergleich zu dem aus Wissenschaft und Technologie sich eröffnenden Möglichkeiten: was machen wir aus den vorhandenen Produktivkräften? Die Antwort ist nicht so rosig, wie die diversen Wirtschaftswunder möchten glauben machen. Wir vergeuden die produktiven Kräfte in grotesker Weise, und zwar vor allem aus zwei Gründen:

- durch unsere Unfähigkeit, den für eine optimale wirtschaftliche Entwicklung geeigneten Rahmen zu schaffen, und
- durch unsere Unfähigkeit, die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen herzustellen, in denen die Menschen selbst ihre kreativen und produktiven Fähigkeiten entfalten können.

1.2 Produktive Kräfte werden vergeudet, weil die Rationalisierung von Produktion und Verteilung weit hinter dem technisch-ökonomischen zurückbleibt. Die Währungskrisen der letzten Jahre machen das deutlich: unrealistische Paritäten, Spekulation, unzureichende Kooperation zwischen den Staaten, vor allem das gänzliche Fehlen einer Politik, die die Ursachen hätte beheben können, nämlich die widersprüchlichen Wirtschaftspolitiken der EWG-Länder; schliesslich die unvermeidlich grobe Chirurgie von Wechselkursänderungen, bei der es nicht ohne Schaden abgehen kann.

Produktive Kräfte werden vergeudet durch unzureichende Strukturen von Industrien und Unternehmen. Sie sind noch immer überwiegend weit entfernt von ihren optimalen Möglichkeiten, sowohl nach Grösse wie nach frei verfügbaren Mitteln und innerer Organisation. Weithin zu kleine Einheiten produzieren nach wie vor mit zu geringen Mitteln für zu kleine Märkte.

Wohl ist ein mehr und mehr beschleunigter Konzentrationsprozess im Gange. Kapital und Management konzentrieren sich zu immer grösseren Einheiten. Aber bislang vorwiegend innerhalb der Nationalstaaten, weniger transnational. Zwar ist auch die transnationale Konzentration schon beachtlich. Die EWG-Kommission hat für die Jahre 1962-68 die Gesamtzahl der transnationalen Fusionen, Beteiligungen oder Gründung von gemeinsamen Tochtergesellschaften auf über 3.000 geschätzt<sup>1)</sup>, davon fast 2/3 mit Partnern ausserhalb der EWG, von denen man annehmen kann - Kommissionsbericht gibt darüber keinen Aufschluss - dass ein erheblicher Teil amerikanische oder von amerikanischem Management und Kapital kontrollierte Unternehmen sind. Aber die ökonomische und politisch-ökonomische Bedeutung dieses Konzentrationsprozesses ist schwer abzuschätzen. Die Konzentration scheint in den Branchen und Sparten am schnellsten anzulaufen, die am meisten technologische Innovation, also Kapital und know-how bedürfen, und die also am schnellsten wachsen.

---

1) 3. Gesamtbericht

Ganz sicher bleibt aber diese Konzentration (hier zunächst nur von der optimalen Grösse und Ausstattung her beurteilt) hinter dem ökonomisch-möglichen weit zurück. Das ist deswegen erstaunlich, weil nach den Erwartungen der Integrationsstrategien das Interesse an der Steigerung der Profite ja schon längst zu europa-weiten Grosskonzernen hätte führen sollen. Der Grund ist ein politischer: die Unternehmer können noch nicht überall im Gemeinsamen Markt mit gleichen und gleich kontrollierbaren Daten der Wirtschaftspolitik rechnen wie sie es in ihrem jeweiligen Staat können. Der grösste Wirtschaftsfaktor ist ja der Staat, überall. Und der zuständige Wirtschaftsminister ist der jeweils nationale Minister, nicht oder noch nicht ein Minister-rat oder eine Europäische Kommission. Daran hat man sich zu halten. Und daran hält man sich im Zeichen der Interessentendemokratie. Man kann es, aber nur dort, wo es etwas zu halten gibt: im jeweiligen Nationalstaat. Deswegen sind die europäischen Produktionseinheiten noch immer sub-optimal, nur begrenzt konkurrenzfähig; deswegen der beginnende Ausverkauf.

- 1.3 Produktive Kräfte werden vor allem vergeudet durch die unzureichende Entwicklung der Technologie. Wir verzeichnen einen permanenten, rasch zunehmenden Verlust in der Technologie-Bilanz. Die Europäer sind nicht imstande, den Gegenwert für ihre Investitionen in Forschung und Ausbildung zu realisieren. Das hat die breite Diskussion über die Technologielücke hinreichend deutlich gemacht. Wir geben fast gratis Ergebnisse der Forschung ab, z.B. das in abwandernden Wissenschaftlern gleichsam investierte Ausbildungskapital; müssen dann aber für das "draussen" in industrielles know how umgewandelte Ausbildungskapital schwer zahlen: einmal in Form von Lizenzgebühren; oder zweitens wenn unsere Produkte nicht mehr konkurrieren können. Schliesslich weil als Preis für die Übernahme moderner Technologie die Verfügungsgewalt über unsere Produktion zunehmend auf Zentren übertragen wird, auf die wir noch weniger als bisher demokratisch einwirken können. Ein europäisches Unternehmen, dessen wirtschaftliche Machtbasis sagen wir in den USA liegt, und dessen Entscheidungen vorwiegend dort getroffen werden, verändert nicht bloss die Konkurrenzsituation, es verändert auch die politischen Machtverhältnisse in der Gemeinschaft.

Was ist der Grund für die Technologielücke, für die Vergeudung produktiver Kräfte überhaupt? Wiederum: der Grund ist ein politischer und hängt zusammen mit der Schwierigkeit, die Strukturen der Branchen und Unternehmen zu ändern. Denn um die Technologielücke zu schliessen, müssen optimale Produktionseinheiten geschaffen werden, die erstens instando sind, den technologischen Fortschritt auch in industrielle Praxis umzusetzen, und zweitens die konkurrenzfähig sind. In den bestehenden Staaten ist das kaum mehr zu erwarten: sie bieten weder in hinreichendem Masse Kapital noch die profitable Marktgrösse; in der Gemeinschaft noch nicht, denn ohne eine gemeinsame Wirtschaftspolitik sind die Unsicherheitsfaktoren für derartige kostspielige Operationen zu gross. Ausserdem müsste in vielen wichtigen Produktionen der Hauptkunde, die staatliche Verwaltung für ganz Westeuropa einheitlich operieren (d.h. unter den gleichen politischen Postulaten) und überhaupt die öffentliche Förderung nach dem Kriterium der Effektivität arbeiten, was auf diesem Gebiet meist nationale Programme ausschliesst. Das alles ist evident, häufig ausgesprochen, mit Hilfe von Fachleuten leicht auszudenken. Aber verwirklichen kann man eine zweckmässige Beschaffungspolitik nur politisch.

- 1.4 Diese Vergeudung von Produktivkraft kann schwerlich bestritten werden. Darüber ist man sich auch in der öffentlichen Diskussion weithin einig, von ganz rechts bis ziemlich weit nach links. Wir könnten also ganz im Sinne der für solche Überlegungen üblichen Spielregeln gleich weiter fragen: warum wird denn das so offenkundig zweckmässige nicht getan? Wie also kann man eine westeuropäische, gemeinsame Industrie- und Technologiepolitik formulieren und durchsetzen?

Aber ich glaube, damit bliebe unsere Einschätzung der Lage noch völlig unzureichend, und wir würden an dem eigentlichen, dem politischen Problem vorbeigehen.

Denn Produktivkräfte werden in Europa noch in viel höherer Masse vergeudet und zurückgestutzt als durch die organisatorisch-technischen Unzulänglichkeiten, von denen wir bisher sprachen. Denn wir produzieren zwar immer mehr und immer neue

Güter und Dienstleistungen, aber wir produzieren weithin das, was die Menschen nicht brauchen, was man ihnen aufdrängt und einredet. Und wir produzieren und konsumieren auf eine Weise, die die Menschen daran hindert, sich selbst zu bestimmen und sich ihres Lebens zu freuen.

Diese Feststellung ist für viele noch gar nicht selbstverständlich; wir werden auch hier darüber uns auseinandersetzen müssen. Einige Tatsachen liegen aber zutage. Unsere Unternehmen produzieren nicht das, was die Menschen brauchten oder gern hätten, sondern das, was man den Menschen einzureden vermag, dass sie es gerne haben sollten. Die Marktforschung geht nicht aus weder auf den gesamtgesellschaftlichen Bedarf (wie Verkehrswege, Schulen usw.) noch auf die Bedürfnisse des einzelnen, sondern darauf, die Reizlücken ausfindig zu machen, die die leichtesten Profitchancen eröffnen und die profitabelste Ausnutzung der einmal unter denselben Gesichtspunkten installierten Produktionskapazitäten. Nicht die verlässlichste, rationalste und bequemste Fortbewegung des Menschen gibt das Mass ab für die Verkehrsgütererzeugung, sondern die Ausnutzung bestehender Produktionskapazität die leichteste Profitchance. Und die Marktzubereitung = Werbung beruht nicht auf Information zur Unterscheidung von Qualitäten - seien es Zigaretten, Glühlampen oder Arzneimittel, sondern weithin auf antirationaler Suggestion im eindeutigen Dienste von Profitinteressen. Wahrscheinlich ist zur optimalen Kombination der Produktionsfaktoren es nützlich, dass bessere Produkte sehr rasch bekannt gemacht werden. Aber "besser" heisst jetzt weithin: das Produkt hinter dem mehr Kapital und mehr tiefenpsychologische Raffinesse steckt; das Produkt, das die höchsten Profite verspricht. Das mit viel Aufwand verbreitete Versprechen "weisser als weiss" dürfte zur Steigerung der Produktivität nichts beitragen, sondern nur zur willkürlichen, gewaltsamen Steigerung der Unternehmergewinne.

- 1.5 Schliesslich werden in Produktion und Konsum - durch ihre Organisationsform - produktive Kräfte in der ungeheuerlichsten Weise vergeudet und verdorben.

Ich meine dabei ganz gewiss nicht die in gewissen Kreisen übliche Klage gegen die Arbeiter: "es fehlt an Fleiss, an Disziplin, an Respekt, an Hingabe; ganz besonders bei der Jugend .." und so ähnlich. Der Befund ist genau entgegengesetzt: die Art, wie die Arbeit organisiert ist, beraubt weithin den Arbeiter oder Angestellten der Fähigkeit, kreativ zu werden. Untersuchungen geben darüber hinreichend Aufschluss, es gibt auch leicht fassbare Berichte, die jeder lesen sollte, der sich mit europäischer Politik befasst. Natürlich ist es nicht überall so schlimm wie am Fließband oder bei Schwerstarbeit oder in den Bürofabriken, wo die Arbeit auf ganz andere Weise ähnlich schlimm ist. Aber die "Fabriken" dieser Art sind für weite Bereiche der Produktion immer noch Orientierungsmuster und Vorbild. Scheinbar vom Produktionsprozess selbst diktierte, in Wahrheit aber von Herrschaftsanspruch und Profitinteresse verfälschte Arbeitsregeln berauben den Menschen jeder Übersicht über seine Tätigkeit, unterwerfen ihn Bedingungen, in denen Abstumpfung und Aggression gegen den anderen die "normale" Reaktion sind. Eine verlogene Arbeitsmoral soll die Kritik an der vorherrschenden Arbeitsorganisation und ihrer prinzipiellen Untauglichkeit abschneiden. Und die von einer verblödenden, seelisch zerrüttenden Arbeitsorganisation erzeugte Mentalität wird in der sogenannten Freizeit noch einmal als Konsumzwang und Aussenlenkung reproduziert. Niemand entgeht dem ganz, auch die höher Privilegierten nicht.

Man wird hier Einwände erheben. Erstens: "was hat das alles mit dem Thema unseres Gesprächs zu tun?", das nicht über Gesellschaftspolitik sondern Europapolitik ist. Leider lassen sich die beiden aber nur unter der Bedingung trennen, dass man weiter eine so erfolgreiche Europapolitik treiben will wie bisher - und eine so erfolgreiche Gesellschaftspolitik. In Wahrheit verursacht eben die Vergeudung und Verkrüppelung der Produktivkräfte die politische Lage, in der wir be- und gefangen sind. Denn der Alltag bestimmt die Politik. Der Alltag eines Lohnabhängigen, der in einer schlechten und politisch wie moralisch schädlichen Arbeitsorganisation ausgelaugt wird, der sich schon lange hat abgewöhnen müssen, nach dem Sinn

seiner Arbeit und damit nach dem Sinn des grössten Teils seiner Existenz zu fragen - er hat Anspruch auf Lohn und allerlei Entschädigungen, alles andere aber wird "oben" entschieden. Der Alltag, in den die am Tag aufgostauten Aggressionen auch am "Feierabend" als Gereiztheit, Aggressivität und Erschöpfung fortbestehen, die Isolierung am Arbeitsplatz in der Isolierung durch Bildschirm oder Rausch, in der Bebelung mit Bildern sexueller Verheissung und mühelosen Glücks fortäuert - mit dem Produkt solcher Art "Alltag" kann man sehr wenig zusammen tun. Er selber spürt kaum die Kraft, etwas zu ändern. Oft kann er sich nicht einmal den Wunsch erlauben, man müsste doch anders die Arbeit organisieren, andere Güter herstellen und sie anders verteilen. Der Alltag ist wie eine ausgeklügelte Schule, die ihn lehrt: versuch ja nur nicht, etwas Neues zu lernen, etwas ändern zu wollen!

Die Fähigkeit, selbst die Initiative zu ergreifen, hat man ihm genommen. Mit anderen zusammen etwas anzufangen und es zu verantworten, hat man ihm abgewöhnt. Obendrein wird durch das ganze System des Alltags ihm eingeimpft, wenn es ihm nicht gut genug geht, sei auch noch er selber schuld daran; wenn er sich besser anpasse, werde alles leichter.

Diese Art Alltag zerstört den politischen Menschen, zerstört den produktiven Menschen. Der vorgestellte Lohnabhängige - und wieviele haben nicht ähnliches erfahren müssen - dieser Lohnabhängige wird politisch nicht aktiv werden können. Er geht zur Wahl, vielleicht bemüht er sich, zahlt Mitgliedsbeiträge, versucht ein eigenes Urteil... aber aktiv wird er nicht. Ein Alltag dieser Art ist meist stärker als guter Wille, ganz sicher stärker als Bildungsarbeit.

Solange der Alltag sehr vieler Lohnabhängiger so geartet ist, wird das Niveau der Politik in Europa nicht steigen können. Solange nicht der Wille, diesen Alltag radikal zu verändern, zum integralen Bestandteil einer europäischen Politik geworden ist, wird auch die Europäische Gemeinschaft nur eben so schnell und so erfolgreich wie bisher voranschreiten - bestenfalls -

und mit den Früchten, die wir im Alltag allenthalben schmecken.

Ein zweiter Einwand mag gegen diese Art der Betrachtung erhoben werden: selbst wenn die Tendenzen unserer gesellschaftlichen Entwicklung so bedrohlich sind, so handelt es sich dabei um Uebel, die überall in der Industriegesellschaft auftreten, nicht nur in Europa. Gesellschaftspolitik tut überall not, wozu braucht, wen diese Frage kümmert, ausgerechnet mit der EG sich zu beschäftigen?

Ich halte den Einwand für falsch. Denn die "Industriegesellschaft" als solche ist nur eine Fiktion. Wirklich ist eine Vielzahl von Industriegesellschaften, in denen bestimmte Machtgruppen in einer bestimmten Verfassung operieren und die sich eben dadurch unterscheiden. Industriegesellschaft wird gemacht. Sie wird unterschiedlich schlecht gemacht, und es ist gar nicht einzusehen, warum wir sie nicht besser machen sollen. Aber wo? und in welcher Verfassung? Ich glaube, dass wir diese Frage nicht beantworten sollten, ohne uns die neue Entwicklung der produktiven Kräfte vor Augen zu halten, nicht nur geographisch, sondern auch nach ihrer Qualität. Erst dann werden wir über Nutzen oder Nutzlosigkeit einer Europapolitik ins klare kommen können.

2. Wir haben begonnen, die Bilanz der europäischen Politik<sup>so</sup> zu ziehen, dass wir uns die Entfaltung der Produktivkräfte vor Augen geführt haben: was möglich wäre, was davon versäumt wird, weil die politische Realisierung fehlt; schliesslich wie die ausschlaggebenden produktiven Kräfte: die schöpferischen Kräfte in den Menschen durch die Organisationsform der Arbeit und des Konsums beschädigt und unterdrückt werden. Wie sieht nun die Welt aus - die weitere Frage - die während zwei Jahrzehnten Europapolitik entstanden ist?

Die Antworten werden verschieden sein. Aber wenn es zutrifft, dass der Alltag der meisten Lohnabhängigen, also der übergrossen Mehrheit, so wenig menschenwürdig abläuft, so ist jede muntere Antwort faul. Was wir an "Welt" neu geschaffen haben, ist gar nicht besser als was es vorher schon gab, ist oft viel schlechter noch, ist beschissen. Wer nicht abgestumpft ist, spürt es,

riecht es, sieht es. Viele insbesondere der Jüngeren spüren das. Wir sind kollektiv reich, aber der Reichtum, stellt sich heraus, ist keiner. Die Produktivkraft wird uns nicht zum Mittel der Befreiung, und nicht zum Anlass des Friedens. Wir produzieren mit zu hohem Aufwand zu viele falsche Dinge. "Mehr" ist die Devise, das "was" ist weniger wichtig. Das beherrscht die staatlichen Wirtschaftspolitiken; es beherrscht natürlich auch die Einstellung der meisten Lohnabhängigen. Das alles ist gleichsam zur "Logik" geworden. Die Norm des Unternehmers: "mehr Profit" hat Ableger getrieben.

Die derzeitige Steuerung des technologischen Fortschritts und der Produktion überhaupt kann nur ein krankes Hirn sich ausgedacht haben. Folgerichtig pflegt man die Meinung, es würde überhaupt nicht gesteuert, sondern eine sagenhafte Natur des Menschen oder ebenso sagenhafte Sachgesetze der Oekonomie seien verantwortlich für den Gang der Dinge. Tatsächlich kann man aber nicht leugnen, dass der ökonomische Prozess durchaus "gemacht" wird: in einer Fülle von Entscheidungen. Aber diese Entscheidungen werden nicht Sache einer öffentlichen Bestimmung, an der alle Betroffenen in geeigneter Form mitwirken. Es gibt zwar die Konsumentenfreiheit, je nach Geldbeutel selbst zu wählen. Aber nur ein geringer Teil der Waren und Dienstleistungen kann individuell gekauft werden. Ich kann ein Auto kaufen, aber nicht die Strasse; ich kann nicht ein billiges und bequemes Verkehrssystem in meiner Stadt kaufen, nur das riesige Auto, mit dem ich zu gewissen Stunden nirgends vorankommen kann. Ich kann mir Bücher kaufen, aber keine Lehrer, keine Schulen und Universitäten. Kaufen kann ich nur, was angeboten wird. Ueber das Angebot entscheiden andere. Und die darüber entscheiden, was erzeugt wird, kann ich nicht kontrollieren. Was sie herstellen lassen, kann so unnütz oder gar schädlich sein wie es will, solange sie nur Kapital und Raffinesse genug haben, es auch aufzuschwätzen.

Die Folge ist: die Qualität des Lebens selbst ist bedroht. Viele leiden darunter. Es geht dabei nicht in erster Linie um die "Umweltzerstörung", Lärm, Schmutz, Gifte, schlechte Luft... Die Umweltzerstörung ist ja inzwischen zu einem öffentlichen Problem geworden; eine Partei schreibt den Programmpunkt von der anderen ab. Doch unvergleichlich akuter als die drohende Zerstörung der Umwelt ist die Zerstörung der zwischenmenschlichen Welt, als Produkt des normalen Alltags.

Es ist eine Welt, in der Selbstbestimmung zu einer Farce zu werden droht. Denn wer nicht über seinen Alltag mitbestimmt, über das "was" produziert wird, kann auch über nichts sonst Wesentliches bestimmen. Damit wird der Boden der Demokratie weggeschwemmt. Das ist schlimmer als die Erosion fruchtbarer Erde. Das aber ist die gegenwärtige Tendenz. Sie wird von der Europapolitik entweder verstärkt + so wie bisher - oder eine neue Europapolitik geht gegen diese Tendenz des Gesellschaftsprozesses an.

### 3. Europa in der Welt

Die Bilanz der bisherigen Europapolitik kann nicht gezogen werden, ohne die jetzt erreichte Stellung Europas in der Welt zu bezeichnen. Auch hier empfiehlt sich, von den produktiven Möglichkeiten Europas und der Sechs im besonderen auszugehen, denn Produktionskraft bringt Verantwortung. Auch hier eine erschreckende Diskrepanz zwischen dem realiter Möglichen und dem politisch Verwirklichten. Dieser Teil Europas und Europa insgesamt in allen seinen Teilen leistet für die Weltpolitik einen Beitrag, der in keinem Verhältnis zu seinen produktiven Möglichkeiten steht. Und seine Rolle widerspricht auffällig seinen Interessen. Von den Interessen der anderen noch ganz abgesehen.

- 3.1 Europa, die Gemeinschaft alleine sogar, zieht einen grösseren Teil des Welthandels an sich als jede andere Region und jeder andere Staat. Das gibt Westeuropa die Möglichkeit - die ökonomische Möglichkeit, und nach Meinung einiger auch die Pflicht - den Welthandel zu einem Instrument des Friedens zu machen, jedenfalls dazu erheblich beizutragen. Wie ist aber die Lage? Der Welthandel und die Kapitalbewegung sind so gesteuert, dass<sup>sie</sup> den reichen Ländern mehr Vorteile bringen als den armen. Sie lassen in den unterindustrialisierten Ländern wohl oft neue Produktionskapazitäten entstehen, aber unter Bedingungen, die vorwiegend kleinen Gruppen Vorteil bringen, in- oder ausländischen. Die öffentliche Entwicklungshilfe, von der soviel Aufhebens gemacht wird, deckt meist nicht einmal das Defizit zwischen Kapitalzufluss und zurückfliessenden Gewinnen. Die produktiven Kräfte werden nur insoweit entwickelt, als sie Profite erwarten lassen. Sobald sie sich aber auf politische und gesellschaftliche Selbstbefreiung richten, werden sie unterdrückt: entweder durch Abfluss des Kapitals oder offen militärisch. Die Drohung mit beiden genügt meist, um in diesen Ländern

jene Gruppen an der Macht zu halten, die gegen politische und gesellschaftliche Befreiung arbeiten. Dies alles berührt Europas Interessen unmittelbar, weil dadurch in der dritten Welt jene Partner nicht entstehen, mit denen zusammen allein so etwas wie Friede in den nächsten Jahrzehnten geschaffen werden kann. Der grösste Welthandelspartner und zweitwichtigste Region nach der materiellen Produktivkraft tut nicht nur kaum etwas, um zu verhindern, dass die Vorbedingungen für einen mörderischen weltweiten Rassenkrieg entstehen - durch ihre aussenpolitische Abhängigkeit und ihre Handels- und Kapitalpolitik trägt sie sogar selber dazu bei. Europa ergreift - ohne dass dies jemals zum Gegenstand einer demokratischen Entscheidung gemacht würde - durch sein Schweigen und seine Allianzen jetzt schon Partei in diesem schlimmsten aller vorstellbaren Konflikte. Dieser Sachverhalt zeigt, wie ich glaube, deutlicher als alles andere den gegenwärtigen Zustand der Demokratie in Europa auf.

Das ist leicht an einigen Beispielen auch im einzelnen klarzumachen, etwa an den Auswirkungen der gemeinsamen Agrarpolitik oder der Benachteiligung von gewissen Halbfertigproduktionen der Entwicklungsländer. Man kann nicht leugnen, dass in vielen Fällen nicht die bestmögliche Ausnutzung der Produktionsfaktoren, nicht die optimale Allokation der Ressourcen angestrebt wird, nicht das vorgeblich ökonomisch Richtige also, sondern die antiökonomische Befriedigung einzelner Sonderinteressen.

An diesen Beispielen wird aber auch klar - ich möchte das mit Nachdruck betonen - dass schlimme Auswirkungen dieser Art nicht im Kurzschluss "der Gemeinschaft" oder einer Gemeinschaftsinstitution zur Last gelegt werden können. Die gemeinsame Agrarpolitik etwa, das deutlichste Beispiel, ist ja nicht demokratisch beschlossen worden, und nur zum geringeren Teil in gemeinschaftlichen Verfahren. Alles Entscheidende geschah ungemeinschaftlich, nämlich in nationalen Verbänden und Parteien, und demokratisch war das Verfahren nur im formalen: ganz eindeutig haben sich partikuläre Interessen gegen andere Interessen durchgesetzt, und übrigens auch nicht ein Interesse der Landwirtschaft, sondern die Interessen der kapitalkräftigen Grossproduzenten des Agrarhandels und der Agrarindustrie, die sich als das gemeinsame Interesse der Landwirtschaft hinzustellen wussten. Und für

eine Gemeinschaftspolitik, die weltweit dafür einsteht, dass Kapitalzufluss nach den unterentwickelten Ländern zum Mittel der gesellschaftlichen Befreiung statt zum Gegenteil wird, fehlt bis jetzt jeder Ansatz. Darüber wird nicht einmal diskutiert.

Ich meine, so verkehrt es wäre, Skandale dieser Art zu vertuschen, weil sie, wie man raunt, das Vertrauen in die Gemeinschaftsorgane und überhaupt in die Gemeinschaft schwächen könnten - als ob Unwahrheit eine verlässliche Basis für Vertrauen wäre - so verkehrt wäre es aber auch, nun der Gemeinschaft und Gemeinschaftsinstitutionen die Verantwortung für etwas zuzuschieben, was nicht sie verschuldet haben.

Lassen wir uns nicht von den eigentlichen Ursachen ablenken. Das Beispiel der Agrarpolitik ist gerade darin aufschlussreich. Die entscheidende Fehlerquelle liegt diessseits der Gemeinschaft: Sie liegt in den Bedingungen, unter denen in Europa Politikgetrieben wird, in den Regierungen, Parteien, Verbänden, in der Öffentlichkeit, letzten Endes im antipolitischen Alltag, und in den Ursachen für diesen antipolitischen Charakter des Alltags.

- 3.2 Europas Stellung in der Welt kann aber gewiss nicht allein danach beurteilt werden, wie es seine ungeheure Produktivkraft und sein Handlungspotential für die Vorbereitung eines künftigen Weltfriedens - oder eben dagegen - einsetzt. Wir haben ebenso zu fragen: was trägt dieser Teil Europas heute zum Frieden in der Welt bei, oder zumindest: was trägt es zu dem Kalten Frieden bei. Dieser Kalte Friede ist selbstverständlich nur negativ zu definieren: entscheidend sind die Vorkehrungen womit der Heisse Krieg zwischen jenen verhindert wird, die sich gegenseitig zu vernichten imstande sind. Das sind weiterhin ausschliesslich zwei Staaten. Europa gehört dazu nicht, was vielen sehr angenehm ist, weil sie damit der Verantwortung für die stets drohende Katastrophe ledig sind. Ob dann die einen hier in Europa mit den beiden Schutzmächten zufrieden sind oder die anderen mit deren Geschäftsführung unzufrieden - oder ob man auch mit nur einem der beiden Protektoren unzufrieden ist und mit welchem - das ist eine kaum mehr erhebliche Nuance. An der Tatsache der Abhängigkeit wird nicht gerüttelt. Was sind die Folgen?

Die Folgen sind aus einiger Entfernung schärfer erkennbar. Was die Abhängigkeit von der Sowjetunion und den USA für die osteuropäischen Länder bedeutet - ja auch von den USA als dem einzig gleichrangigen Partner und gegenüber der Sowjetunion - das hat der Einmarsch in die CSSR dargetan. Hier im Westen wird die Abhängigkeit weniger empfunden. Dass in Griechenland ein Terrorregime besteht und von den westeuropäischen Ländern nicht bloss geduldet, sondern indirekt wirtschaftlich gestärkt wird, wäre ohne die Anwesenheit der amerikanischen 6. Flotte weder möglich noch vermöchte man die Öffentlichkeit so leicht zu beschwichtigen.

Aber die Folgen dieser Abhängigkeit sind für die Beziehungen zwischen den Teilen Europas und für die Chancen der EG nicht weniger bedenklich, wenn auch aus der Debatte weithin verdrängt. Die Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa, die nun - mit einer gewissen Verspätung, wie man anderswo notiert - von der Regierung der Bundesrepublik so entschlossen und umsichtig vorangetrieben wird - sie bleibt durchaus abhängig von den Beziehungen der beiden Weltmächte untereinander. Von Verhältnissen also, auf die niemand in Europa nachhaltig einwirken kann. Selbstverständlich ist das Ziel dieser Politik: Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Teilen Europas, über jede Kritik erhaben. Man muss aber fragen, was unter den weltpolitischen Bedingungen, bei fortdauernder Abhängigkeit von den beiden Garantiemächten denn überhaupt möglich ist. Selbst wenn man das Entstehen einer Art gesamt-europäischer Sicherheitsordnung voraussieht: einen vertraglich besiegelten Zustand verringerter militärischer Konfrontation als Rahmen für Gewalt- und Revisionsverzicht wie für ein höheres Mass an wirtschaftlicher und sonstiger Zusammenarbeit, selbst wenn man das für erreichbar hält, was ja schon optimistisch sein mag, selbst dann bliebe Europas Sicherheit zuhöchst gefährdet. Denn die neue Ordnung wäre eben keine "europäische Sicherheitsordnung", sondern bloss der europäische Abschnitt des weltweiten Kondominiums, der freilich wichtigste Frontabschnitt in einer weltweiten Konfrontation. Dabei setze ich voraus, dass keine der Weltmächte Angriffsabsichten hegt gegen die andere. Aber die Konfrontation scheint sich zu verschärfen. Das Wettrüsten geht weiter, und beiderseits scheinen gesellschaftliche und politische Machtgruppen an Rüstung und an "begrenzten" militärischen Konfrontationen interessiert. Der Ausbau der sowjetischen

Flotte und von mobilen Interventionstruppen könnte anzeigen, dass die Sowjetunion den USA nicht länger zugestehen wird, allein an jedem beliebigen Punkt der dritten Welt nach Belieben intervenieren zu können. Schon jetzt nimmt im Nahen Osten die Gefahr einer neuen militärischen Konfrontation, in die dieses Mal auch die Weltmächte direkt hineingezogen werden könnten, unübersehbar zu. Das sind nicht unglückliche Ausnahmen, sondern ist Tendenz. Es ist klar, dass eine "europäische Sicherheitsordnung" etwa von einer auch nur auf den Nahen Osten beschränkten und militärisch "begrenzten" Konfrontation auf eine harte Probe gestellt würde. Es würde sich zeigen: diese Sicherheitsordnung wäre nicht europäisch. Ausserdem selbst wenn man von allem anderen einmal absieht: Westeuropas Erdöl kommt überwiegend aus dem Nahen Osten. Einige genau benennbare Interessen würden sich bei einer Eskalation des Konflikts in den europäischen Ländern zweifellos politisch durchsetzen und eine Parteinahme im Nahostkonflikt verlangen. Ob die "europäische Sicherheitsordnung" diese Probe überstehen würde, mag jeder selbst abschätzen. Jedenfalls würde die Garantie der beiden Supermächte fraglich und umstritten. Womit die Angst, diese in Europa bisher mächtigste innenpolitische Waffe, wieder zum Zug käme. Welchen Weg dann Gesellschaft und Demokratie nehmen können, braucht man nicht sehr lange zu überlegen.

- 3.3 Dem wäre nur zu entgehen durch die Schaffung einer eigenständigen politischen Potenz in Europa, wobei die geographische Abgrenzung vielleicht nicht das grösste Problem wäre. Aber gerade das Entstehen einer europäischen Gemeinschaft dieser Art würde einen Konflikt mit den beiden Weltmächten nicht vermeiden können, in diesem Fall durch den westlichen Teilhaber des Kondominiums zuständiger Repräsentant und Garant des Kondominiums. Die Abhängigkeit ist ja längst verinnerlicht, und dies nicht nur in der Form, dass sie kaum mehr ein öffentliches Problem ist, sondern vor allem auch durch die massive Einpflanzung amerikanischen Kapitals und Managements in Westeuropa. Es sollte einmal untersucht werden, inwiefern die Unterordnung Westeuropas unter die Führung der USA die Vorbedingung war und ist, für das Interesse amerikanischer Unternehmen an Westeuropa und an der EWG im besonderen. Jedenfalls gehört dies zur Bilanz der europäischen Integrationspolitik: zwischen den Profitinteressen eines Teils der wichtigsten Unternehmens- und Kapitalgruppen in Europa einerseits

und dem derzeit die amerikanische Politik bestimmenden Forderung: die USA sollen überall und mit allen tragbaren Mitteln zugunsten von "free enterprise" intervenieren, besteht eine fatale Wechselbeziehung. Dabei scheint es übrigens kaum einen Unterschied zu machen, ob diese Unternehmens- und Kapitalgruppen nun amerikanisch firmieren oder "europäisch"; es kommt allein auf die gemeinsame Interesseneinschätzung an.

Diese Abhängigkeit Europas von den beiden Weltgendarmen, die hier nur in Bruchstücken angedeutet werden kann, ist - ich sagte das schon - im erstaunlichsten Kontrast zu dem Produktions- und Technologiepotential Westeuropas. Dabei ist nicht an Produktion und Herstellung von Massenvernichtungsmitteln gedacht, vielmehr an die absurde Unfähigkeit unserer Region, das ungeheure Potential auf geeigneten Wegen in eine Abrüstungspolitik umzusetzen. Zur Zeit haben die Länder Europas, auch die beiden Miniatomkräfte, auf den Rüstungswettlauf so wenig Einfluss wie auf das, was am euphemistisch "Rüstungsbegrenzung" nennt; beides hängt natürlich unzerreissbar zusammen. Man kann sich gewiss beglückwünschen dazu, dass in Europa nicht noch weitere Atomkräfte entstehen, und dass die Nuklearrüstung der beiden Auch-atomaren, wozu immer sie gut sein mögen, für das Gleichgewicht des Schreckens, das uns angeblich sichert, kaum eine Gefahr bedeutet. Eine sogenannte "europäische Bombe" oder eine westeuropäische Atomrüstung als Teil der NATO oder deren Gegenstück im Osten - sie wären gewiss das ungeeignetste Mittel, wäre nichts als Nachahmung der beiden Weltgendarmen, statt die allein dem Interesse Europas genügende Rüstungsverminderung und Bannung der - wie man sie besser nennen sollte - "Unwaffen". Aber diese negative Antwort löst natürlich keineswegs schon das Problem: wie kann Europa sein produktives Potential für den Frieden einsetzen, was nicht gelingen kann, wenn wir uns nicht aus der Abhängigkeit befreien?

Was diese Abhängigkeit bedeutet, wird in der Nuklearindustrie deutlich. Es gibt sicher gute Gründe, die Zahl der Atomkräfte nicht zu vermehren. Man muss sich nur über die Folgen klar werden. Die USA sind dabei, Westeuropa gegenüber ein Monopol aufzubauen. Sie haben die Entwicklung ihrer zivilen Atomindustrie zum Teil über den Militärhaushalt finanziert. Ausserdem haben sie massiven Druck auf europäische Länder ausgeübt, um vielversprechende Projekte zu verhindern, dies unter dem Vor-

wand, es würde dabei, etwa in den Gaszentrifugen, Technologien entwickelt, die auch militärisch genutzt werden können. (Und tatsächlich ist die Grenze zwischen ziviler und militärischer Technik nicht überall und im voraus genau bestimmbar.) Vermutlich wird in Zukunft solcher Druck sich noch verstärken. Beide Momente zusammen erzeugen eine fast schon entschiedene Abhängigkeit in weiten Bereichen der Atomindustrie von amerikanischen Unternehmen. Private Profitinteressen und ein Staatsinteresse der USA verstärken also sich gegenseitig und decken einander ab. Es kann auch nicht verwundern, dass die wichtigsten einschlägigen Unternehmen in Europa diese Wettbewerbslage hinnehmen und mit ihren amerikanischen Partnern auf einer Basis der Ungleichheit kooperieren.

Aber ganz gleich welcher Weg aus der Abhängigkeit heraus aufgetan werden könnte: ob eine Umrüstung auf gewaltlosen Widerstand (oder gewaltarmen Widerstand); eine soziale, nicht-militärische Verteidigung, von der man nicht von vorneherein sagen sollte, sie könnte nicht eine ausreichende Abschreckwirkung erzeugen; ob der Ausbau der Technologie in einem Mass, dass Europa zu einem ernstzunehmenden Verhandlungspartner in Abrüstungsverhandlungen wird ... in jedem Fall bedürfte es dazu eines politischen Potentials, das dem technischen entsprechen müsste. Eines Potentials, das tagtäglich - eben wegen des antipolitischen Charakters des Alltags, verschüttet geht.

#### 3.4 Politische Struktur, Machtverteilung

Die Bilanz von zwei Jahrzehnten der westeuropäischen Integrationspolitik lässt sich abschliessen, wenn wir zuletzt die politischen Leistungen bewerten und in die Bilanz einsetzen. Denn auf den politischen Saldo kommt es offenbar am meisten an. Niemand kann daran vorbeisehen, scheint mir, dass hier der Schlüssel zu allen wichtigen Schlössern liegt. Denn es ist leicht zu fordern, wir sollten die produktiven Kräfte optimal, d.h. ohne Rücksicht auf hinderliche Staatsgrenzen entwickeln; wir sollten den Austausch mit der dritten Welt so steuern, dass die Völker sich gesellschaftlich und politisch befreien können; wir sollten die Organisation der Arbeit und des Konsums radikal verändern, auf dass die Menschen in ihrem Alltag nicht kaputt gemacht werden, sondern ihre schöpferischen Kräfte entwickeln... - es ist das alles leicht zu fordern

aber wo ist die Macht dazu? Wo ist überhaupt die Macht? Was wird aus der gewaltigen Produktion, wer macht daraus was? Mit anderen Worten: wie ist nach zwei Jahrzehnten Integrationspolitik die Macht verteilt? Wie ist sie strukturiert? Wie sieht die politische Verfassung tatsächlich aus?

3.41 Die Machtverteilung in Wirtschaft und Gesellschaft stimmt immer weniger mit der von den demokratischen Verfassungen vorausgesetzten Norm überein. Halten wir uns auch hier an die Realität des Alltags. Unverkennbar wird der Alltag immer mehr von Entscheidungen bestimmt, auf die die Betroffenen keinen Einfluss haben. Die Macht ballt sich zusammen bei Unternehmensleitungen und staatlichen Bürokratien, sowie bei den Spitzengremien der grossen Interessentenorganisationen. Dort wird alles Wesentliche entschieden: was produziert wird und wie, wie Bedürfnisse angereizt werden und welche, wo es neue Arbeitsplätze geben wird, wo nicht und welche, schliesslich wie das Produkt verteilt wird. Allerdings ist das Wort "Entscheidung" irreführend: denn es wird nur zum geringsten Teil öffentlich und in Bewusstsein der Folgen entschieden. Analysiert man das Bild, das der Öffentlichkeit sagen wir von der Stilllegung eines Betriebs oder einer Neugründung vorgesetzt wird, so ist meist viel von wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Rede, die scheinbar kaum eine Wahl lassen. Woher aber diese angeblichen Notwendigkeiten und Sachzwänge kommen, ob sie verändert werden können, wird kaum gefragt. Man begnügt sich mit dem Ausfeilschen von irgendwelchen Entschädigungen. Die reale Machtballung in den Unternehmensleitungen, Verbandsspitzen und Bürokratien wird unterschätzt, oft von den Mächtigen selbst, und dies aus dem Grund, dass diese Macht gleichsam in den Gesellschaftsprozess "eingebaut" ist, sie erscheint als logisch an sich, und gegen diese Logik von Macht und Profit auftreten, heisst unmoralisch und unsachlich agitieren.

Die Kehrseite ist, dass die Macht der einzelnen rapide abnimmt. Sie erzeugen die Macht, denn was ist Macht anderes, als die Kraft zur Veränderung der Welt, die wir in die produzierten Güter hineinstecken, die Kraft, die im Zusammenhandeln entsteht, im Betrieb, im Konsum, in Schule und im Informationsprozess. Sie erzeugen die Macht, und dies ist ja die reale Grundlage für das Postulat der Demokratie: dass die Gewalt vom Volke ausgeht. Die einzelnen erzeugen die Macht, aber sie behalten sie nicht. Andere entscheiden, was aus ihrem Produkt wird, was aus ihrer Arbeit wird.

Erst nachträglich und gleichsam aus weiter Ferne haben sie, die Urheber und Produzenten der Macht, dann wieder die Chance, in Form von Wahlen über die Macht mitzubestimmen. Diese Chance wäre beträchtlich, wäre nicht der Alltag übermächtig. Der politische Bürger wird vorweg von der unmenschlichen Realität des ökonomischen Alltags zerstückelt. Ein Parlament, eine politische Partei, eine Gewerkschaft können die produzierte Macht nicht kontrollieren und steuern, wenn die Wähler selbst ohnmächtig sind; sie können es nur, wenn und insoweit sie die Menschen dazu anreizen, sich in ihrem Alltag aus der Ohnmacht zu befreien.

Das Problem ist natürlich sehr alt, aber es wird durch die zunehmende technische Arbeitsteilung verschärft. Sogar wenn die aus früheren Jahrhunderten übernommenen demokratischen Einrichtungen ungeschwächt funktionieren, müsste daher die Ohnmacht wachsen. Dem könnte nur abgeholfen werden durch ein Plus an Mitwirkung, durch eine Veränderung der sozialen Arbeitsteilung, kurz durch radikale Demokratie.

- 3,42 In der Tat ist die Tendenz zur Entdemokratisierung unverkennbar, gerade auch in Westeuropa. Denn die Wirtschaftsintegration hat bisher diese Tendenz verschärft. Nicht allein ist die Machtballung in der Wirtschaft hier stärker, diese geballte Macht ist auch in wachsendem Umfang nicht mehr national beschränkt, sondern transnational ausgeweitet, besonders natürlich in der EWG. Während die theoretisch fortbestehenden politischen Kontrollmittel auf die einzelnen Staaten begrenzt bleiben. Diese Sachlage hat vor zwei Jahren Erich Kitzmüller so beschrieben: "Zunehmend entstehen Grossunternehmen, die über die Ländergrenzen hinweg unter einer Führung und nach einheitlichen und wirtschaftspolitischen Bedingungen operieren können. Während zugleich keine gemeinsame Regierung besteht, die verschiedenen Regierungen an ihre nationalen Interessen gebunden sind, das Gemeinschaftsorgan "Kommission" ohne Macht ist, um sich als Schiedsrichter durchsetzen zu können; die Gewerkschaften sowohl organisatorisch getrennt als auch verschiedenen Interessen und unterschiedlichen Gesetzen unterworfen sind. Das kann den sozialen Frieden der Gemeinschaft in Frage stellen."

Auch diese Entdemokratisierung ist selbstverständlich nicht der Gemeinschaft als solcher oder den Gemeinschaftsorganen anzulasten; sie war und ist nicht unvermeidlich. Sie war vielmehr die Folge einer "Integration<sup>von</sup> /rben", die den Mächtigen der Wirtschaft auf den Leib zugeschnitten war. Während die mitbetroffenen Konsumenten und Produzenten ja gar keine andere legale Einwirkung haben, als vermittels von Parteien, Parlamenten und Gewerkschaften, deren Aktionsradius - und Machtinteresse an den Landesgrenzen haltmacht. Die Entdemokratisierung war solange unvermeidlich und wird es solange bleiben, als die Machtproduzenten auf einer überholten politischen Struktur bestehen, solange also wie Parteien und Verbände weiter auf ihre nationalen Operationsfelder sich beschränken und glauben mithilfe von Verbindungsbüros und internationaler Diplomatie den transnational operierenden Wirtschaftsmächtigen und ihrem Anhang gewachsen zu sein. Es ist nur scheinbar paradox, dass hier, bei Parteien und Gewerkschaften die Politiklücke, der Politikbedarf am grössten ist.

- 3.43 Dementsprechend ist die reale politische Verfassung Westeuropas ein widersprüchliches Gemisch von Verantwortlichkeit und Unverantwortlichkeit, nach innen und nach aussen. Wichtigste Institutionen sind realiter überhaupt aussereuropäisch und essentiell undemokratisch. Die Entscheidungen über Rüstungswettlauf oder -bremse, ob Entspannung in Europa oder Kalter Krieg fallen in keiner europäischen Hauptstadt. Die Grosswetterlage wird nicht von denen gemacht, die sich hier politisch zur Wahl stellen. Westeuropa ist indirekt aber fühlbar in den amerikanischen Asienkrieg verwickelt, aber seine zahlreichen souveränen Regierungen können in der gegenwärtigen Struktur der Weltpolitik auf den Verlauf dieses Konflikts nicht nennenswert einwirken; was vielleicht einer der Gründe ist, weshalb unsere Mitschuld nicht zum politischen Problem wird. Die oberste Instanz für West-Berlin sind zweifellos die USA und nicht die Bundesregierung. Demokratie ist in Europa schon aus diesem Grund mehr Fischnetz als Kahn.

Die Machtzentren, die den Ablauf des ökonomischen Alltags beherrschen, ein unübersehbares und vielfach widersprüchliches System von Unternehmensleitungen und verselbständigten Staats- und Verbandsbürokratien, sind legal und praktisch jeder direkten Kontrolle der unmittel-

bar Betroffenen entzogen. Diese Zentren gelten als unpolitisch und sind daher auch ideologisch vor demokratischen Ansprüchen abgeschirmt. So verhält es sich ungefähr in allen demokratischen Industriegesellschaften; auch in Ländern, in denen die Produktionsmittel verstaatlicht sind, ist die Lage im Ergebnis nicht wesentlich anders.

Schliesslich sind die politischen Institutionen und Verfahren im klassischen Sinn unverkennbar problematisch geworden. Die klassischen Institutionen, wenn man nicht mehr als sie bewahren will, werden vom ökonomischen Alltag unterhöhlt. Die Mehrheit fährt wohl unverdrossen fort, durch Wohlverhalten und Wahlbeteiligung die Institutionen zu legitimieren. Aber mehr lässt die tagtäglich reproduzierte Ohnmacht nicht zu. Eine Krise der Vertretungsdemokratie zeichnet sich ab. Nicht weil der Anspruch auf Demokratie infrage gestellt würde, sondern weil zunehmend mehr Menschen diesen Anspruch effektiver realisieren wollen.

- 3.44 Welche Rolle spielen nun in dieser Verfassung die Gemeinschaft und ihre Institutionen? Ich glaube, als Antwort darauf sollte man nicht nehmen, was irgendwer gern möchte, dass es die Bedeutung der Gemeinschaft sei, oder was man aus den Verträgen herausliest, aus denen man, wie wir durch die höchsten Autoritäten haben lernen müssen, ganz Unterschiedliches herauslesen kann.

Die Gemeinschaft ist bisher nicht zu politischer Eigenständigkeit gekommen. Ihre ausschlaggebenden Institutionen stehen nicht in den Verträgen: es sind die Mitgliedsregierungen. In ihnen wird der wesentliche Inhalt der Ratsbeschlüsse vorentschieden. In den nationalen Regierungen, den einzelstaatlichen Verwaltungs- und Verbandszentren, kurz in der nationalen Politik. Die nationalen Politiken werden zunehmend mithilfe einer Art ständiger Diplomatenkonferenz, den in den Gründungsverträgen gar nicht vorgesehenen "Ständigen Vertretern" abgestimmt.

Nun sind die nationalen Regierungen schon nach der rechtlichen Definition ungemeinschaftlich. Aber sie haben Macht. Die Gemeinschaftsorgane haben Macht nicht gewinnen können. Sie werden von niemandem legitimiert, ausser eben von den nationalen Machthabern. Das gilt für den Ministerrat nicht weniger als für die Kommission. Auch die Mitglieder des Parlaments werden nicht von jenen gewählt, von denen nach den

Prinzipien der Demokratie alle Gewalt ausgeht: von den Völkern. Ein Prozess wechselseitiger Information zwischen Gemeinschaftsorganen und den Völkern ist nicht in Gang gekommen, unter anderem einfach aus dem Grund, dass die Machthaber, die nationalen Regierungen daran keinesfalls dachten. Vielleicht wurden auch von den Gemeinschaftsorganen nicht alle Möglichkeiten einer problembewussten Information wahrgenommen.

Die Lage ist also diese: alle unmittelbar politische Macht liegt bei den nationalen Instanzen, die ungemeinschaftlich sind, und die Gemeinschaftsorgane haben keinen Zugang zur Quelle der Legitimität, zu den Völkern. Umgekehrt kann die ökonomische Union nur aufgebaut und betrieben werden, wenn gemeinsame Beschlüsse gefasst und verwirklicht werden, und dies in Angelegenheiten, die zum Kernbestand der Regierungverantwortung gehören. Das ist ein kritischer Zustand. Das ist die Krise gleichsam eingebaut und institutionalisiert; nicht de Gaulle hat die Krise verursacht, er hat sie ausgelöst und für seine Absichten zu nutzen versucht; und sein Abgang und die Haager Beschlüsse haben die Krise nicht beigelegt und können sie nicht beilegen.

#### 4. Der Politikbedarf der Europäischen Gemeinschaft

In dieser Verfassung, in solcher Krisenverfassung ist die Gemeinschaft nun aber unvermeidlich schwierigsten und unabweisbaren Anforderungen ausgesetzt. Der Politikbedarf, der Bedarf an politischer Entscheidung und Durchsetzung, ist übergross, das hat die vorausgegangene Analyse dargelegt. Es geht obendrein nicht allein um die kleine Gemeinschaft zu sechst: die optimale Entfaltung der Produktivkräfte verlangt die Einbeziehung zumindest Grossbritanniens und der übrigen Kandidaten. Das erhöht die Chance einer ökonomischen Entfaltung, aber es erhöht um ein Vielfaches den Politikbedarf der Gemeinschaft.

Verzichten Sie darauf, dass ich Ihnen jetzt die lange Liste von Sachfragen vortrage, die entschieden werden müssen, wenn die Integration vorangehen soll, von der Aussenhandelspolitik über Industriestruktur, und Technologieförderung bis zur Verringerung der Agrarüberschüsse. Machen wir uns stattdessen an einem Beispiel klar, wie ungeheuer gross der Investitionsbedarf an Politik in der Wirtschaftsunion ist, in

welchem Umfang die Frage nach der Macht gestellt ist: in der Währungs- politik. Die Krisen des letzten Jahres haben erkennen lassen, dass für den Fortgang der Wirtschaftsintegration eine harmonisierte und dann gemeinsame Währungspolitik erforderlich ist. Dies wird nun allge- mein anerkannt, man hat allerhöchste Absichtserklärungen dazu, und wie Sie wissen, auch schon mehrere regierungsoffizielle Vorschläge. In den Debatten darüber ist aber auch deutlich geworden, dass verlässliche Fortschritte in dieser Richtung nur erzielt werden können, wenn die Ursachen der Währungskrisen gesteuert werden können. Das verlangt nicht weniger als gemeinsame Konjunkturpolitik, und überhaupt eine allgemeine Abstimmung der Wirtschaftspolitik im ganzen.

Machen wir uns klar, was das für die Politiker bedeutet, ob Regierung oder Opposition. Es bedeutet, dass die mit wichtigsten Daten des Wahl- kampfes nicht mehr autonom gesteuert werden könnten: die Entwicklung der Löhne und Preise, die Zunahme der Beschäftigung, die Investitions- anreize oder Bremsung, eigentlich so ziemlich alles, was eine Partei braucht, um die Wahlen zu gewinnen. Darüber soll also nun, zwecks optimaler Entfaltung der Produktivkräfte, nicht mehr souverän zu Hause, sondern gemeinschaftlich entschieden werden. Und in Entscheidungen, die über die Amtsperiode der Regierung hinausgreifen. Das alles mag für die jeweils amtierende Regierung noch angehen, da sie ja den Gemeinschaftsbeschluss dann im Wahlkampf auf ihr Konto buchen kann, als Förderung des Gemeinwohls. Aber für die Opposition ist die Lage anders. Gewinnt sie die Wahlen, steht sie vor dem Dilemma, entweder den Gemeinschaftsschluss sabotieren zu müssen oder ihn auszuführen, auch wenn er mit ihrem Programm in fundamentalem Widerspruch steht. Mit anderen Worten: in diesen Feldern wird Opposition schwierig bis unmög- lich; sie wird tendenziell ersetzt durch Cliquenrivalität; der Wähler wählt ins Leere.

Man wird einwenden, das sei ja nur die Kehrseite einer in allen Industrie- gesellschaften sich durchsetzenden Versachlichung der Politik. Nichts wäre irriger, und der Irrtum selten folgenschwerer. Denn diese vorgeb- liche Versachlichung resultiert weniger aus technologischen Zwängen als aus den vorgegebenen Machtstrukturen. Die Tendenz zur Ausschaltung der Opposition, die ja nur verstärkt wird durch eine Wirtschaftsgemein- schaft der jetzt begangenen Art, nicht aber durch sie verursacht ist, besiegelt das Uebergewicht der wirtschaftlich mächtigen Gruppen, den

Triumph einer angeblichen ökonomischen Logik, die in unseren Ländern als Vorrang privater Profitinteressen charakterisiert ist.

Eine Wirtschaftsunion unter den jetzt geltenden politischen Bedingungen wird daher unausweichlich immer von neuem vor der Machtfrage stehen: entweder es kommt zu gemeinsamen Beschlüssen, deren Inhalt unweigerlich den Interessen der in Wirtschaft und Gesellschaft mächtigen Gruppen überwiegend dient; oder die gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik kommt nicht voran, was heisst, dass Krisenerscheinungen in Partnerländern nicht zu steuern sind. Ein drittes scheint mit den jetzt hingenommenen staatlichen Bedingungen nicht vereinbar.

Jedoch besteht ja die Wirtschaftsunion noch kaum, und die Schwierigkeiten sind gegenwärtig noch weniger ausgeprägt. Zur Zeit geht es noch ganz simpel darum, ob eine Regierung Chaban-Delmas und eine Regierung Brandt tatsächlich so viel an innenpolitisch vertretbaren Gemeinsamkeiten haben, dass sie auf dem Umweg über Gemeinschaftsbeschlüsse sich auf eine ähnliche Konjunkturpolitik usw. verbindlich einlassen können; und es geht darum, ob andere Regierungen, von denen man zum Teil nicht weiss, wie sie morgen zusammengesetzt und welchen innenpolitischen Imperativen sie unterworfen sein werden, ebenfalls bereit und fähig sein werden, solche Gemeinschaftsbeschlüsse mitzutragen.

Eine Lage dieser Art ist natürlich im Prinzip nicht verschieden von den politischen Anforderungen, die innerhalb jedes Staates gestellt sind. Machtkonflikte und Interessenkompromisse sind das tägliche Geschäft der Demokratie. Der Unterschied ist jedoch, dass in einem Staat der Entscheidungsbedarf verfassungsgemäss gedeckt werden kann, in einer Wirtschaftsunion der jetzt versuchten Art aber nicht. In unseren Demokratien wird die Entscheidung über die grossen Optionen der Wirtschaftspolitik wie eingeschränkt und unzureichend immer, doch in öffentlichen Verfahren herbeigeführt; man rekurriert auf das Volk, das zur Wahl gerufen wird. In der Wirtschaftsunion jetzigen Typs gibt es das nicht: weder demokratisch noch schein-demokratisch.

## 5. Stagnation oder Politische Union?

Am Uebergang zur "definitiven" Phase der EWG ist eigentlich nur eines definitiv: das Defizit an Politik. Die Sachzwänge haben zugenommen, auch die Bereitschaft ihnen zu entsprechen, aber die dazu benötigte Macht ist nicht mitgewachsen.

Man sollte sich durch die Erklärungen des Gipfeltreffens im Haag nicht darüber hinwegtäuschen lassen: die Gemeinschaft stagniert. Und das liegt jetzt gewiss nicht am schlechten Willen hier und dort, guter Wille ist unverkennbar da. Kaum je war eine erfolgreiche Gemeinschaftspolitik für einige Regierungen so sehr erwünscht, ja lebensnotwendig als eben jetzt. Und dies nicht allein aus wirtschaftspolitischen Zwängen im engeren Sinn. Zum Beispiel hängt der Erfolg der neuen deutschen Regierung ganz erheblich von einem günstigen Verlauf ihrer Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa ab, diese wiederum ist gar nicht vorstellbar ohne die Absicherung bei den westlichen Partnern insbesondere in der EWG. Und auch andere Regierungen benötigen offenbar für ihre aussenpolitischen Absichten eine erfolgreiche Wirtschaftsgemeinschaft, gleichsam als materiellen Unterbau. Ganz konsequent wird daher zunehmend die politische Kooperation gefordert, über den Sachbereich der Wirtschaftsgemeinschaft teilweise noch hinaus, bis hin zur Aussenpolitik. Man redet wieder von einer Politischen Union - zumindest als von einer Aufgabe für übermorgen.

Jedoch wie wahrscheinlich ist eine Politische Union? Was braucht es dazu an Politik-Investition? Dazu gibt die bisherige Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ein<sup>en</sup> reiches und vielsagendes Stoff zur Reflexion.

Die Integrationspolitik ging von Anfang an über wirtschaftliche Absichten hinaus. Ihr zentrales Motiv war staatliche Veränderung, um den zusätzlichen Entscheidungsbedarf zu decken. Das war das Motiv der Montanunion und anfänglich sogar noch der EWG. Dieser Ansatz ist gescheitert - und wir stellen das ohne Bedauern fest. Die treibenden Kräfte waren damals eine Kombination von Schwerindustrie und Militärs, und das ganze Unternehmen stand, vielleicht unvermeidlich, unter dem Stern amerikanischer Vormundschaft und des Kalten Kriegs. Die Spekulation war: die wichtigsten Machtkomplexe aus der nationalen Verfügungs-

gewalt herauszulösen und einer Gemeinschaftsinstitution zu unterstellen, die dadurch zu einem Machtzentrum würde. Der Rest würde gleichsam mit physikalischer Notwendigkeit in das neue Kraftfeld einbezogen und so die staatlichen Strukturen zweckmässig umgewandelt.

Im Rückblick fällt es leichter, die politischen und gesellschaftlichen Folgen dieses Integrationsansatzes abzuschätzen, sie wären nicht glücklich gewesen. Denn die Gründer übersahen oder sahen kein Problem darin, dass der Machtvorsprung des Kombinars Militär-Schwerindustrie unweigerlich den Charakter der Gemeinschaft bestimmt hätte.

Nach dem Scheitern des Projekts der Verteidigungsunion - mit deren Hilfe man dann die Politische Union unschwer erzwingen hätte können, verlor sich der Wille zur staatlichen Veränderung. Von "links" gab es überhaupt keine Impulse, weil man die Chancen einer transnationalen Politik gar nicht wahrzunehmen vermochte. Man blieb defensiv, passte jeden Schritt um Schritt sich an. Das Ergebnis war die EWG. Der neue Ansatz beruhte darauf, Machtfragen nicht zu stellen, sondern stets nur Sachfragen. Das ist das Geheimnis der funktionalistischen Methode. Sie war nicht erfolglos, wie wir wissen, war erfolgreich, insbesondere in der Unternehmerschaft und ihren politischen Vertretern, insofern das Bedürfnis da war und da ist, von staatlichen Grenzen unbehindert sich auszubreiten. Das liess die vielbemühten Sachzwänge zur politischen Kraft werden.

Der zweite Integrationsansatz ist unvermeidlich an der Realität der Staaten aufgelaufen und ist an ihnen - der "einzigen politischen Realität" nach dem Wort de Gaulles - gescheitert. De Gaulle hat sein Integrationsverdikt exekutiert, und seit 1965 etwa ist die europäische Politik von dem Bemühen bestimmt, diese Lektion zu lernen. Er hat die Machtfrage gestellt, und ihr Vermögen auch seine Gegner nicht mehr auszuweichen.

## 6. Demokratisierung von oben?

Diese Schwierigkeit wird in dem Maße bewußt, als die drängendsten Gemeinschaftsentscheidungen nicht mehr länger hinausgeschoben werden können. Die Einsicht gewinnt Raum, daß die Gemeinschaft nicht auf bloß administrativem und diplomatischem Weg vorangetrieben werden kann, und daß es auch mit Erklärungen der höchsten staatlichen Autoritäten nicht getan ist. Die Integration von oben soll, so fordert man immer nachdrücklicher, durch eine Demokratisierung der Gemeinschaft ergänzt und gestärkt werden: Stärkung des Europäischen Parlaments, seine Direktwahl, Stärkung der Kommission, vertragsgemäße Anwendung der Mehrheitsregel im Ministerrat. Die meisten dieser Neuerungen sind übrigens nur aufgewärmte Vertragsartikel, die die Regierungen einvernehmlich bisher beiseitegeschoben haben.

Eine Demokratisierung dieser Art soll jene Macht zuschießen, die zum Aufbau und zum Funktionieren der Wirtschaftsunion nötig ist. Aber woher soll die Macht kommen, die jene Demokratisierung ermöglicht? Und ist das, was man "Demokratisierung der Gemeinschaft" nennt, auch wirklich geeignet, den Politikbedarf zu decken?

Ein direkt gewähltes Europäisches Parlament würde unvermeidlich in Konkurrenz zu den nationalen Parlamenten treten. Man kann entweder im Gemeinschaftsparlament über die Konjunkturpolitik beschließen oder in nationalen Parlamenten. Kann Macht hier suchen oder dort. Das bringt den Politiker in einen Konflikt. Wo findet er seine Machtbasis: In seiner nationalen Partei oder in einer erst zu schaffenden Fraktion des Europäischen Parlaments? Sollte seine Wahl auf das Gemeinschaftsparlament fallen, wird er sich gegen mächtige Gruppen "zu Hause" behaupten müssen. Aber die Machtkonkurrenz ist national, es mögen die Sachprobleme noch so sehr nach gemeinschaftlicher Entscheidung verlangen. Vorauszusehen ist, daß nur solche Gruppen zu einer effektiven Fraktionsbildung im Europäischen Parlament fähig sein werden, die von vornherein auf die Änderung der politischen Verfassung der Gemeinschaft ausgehen und in allen Gemeinschaftsländern ein identisches Bedürfnis ansprechen. Aber der Übergang zu einem funktionierenden Gemeinschaftsparlament wird unter den jetzt gegebenen Bedingungen der Machtkonkurrenz zweifellos von den nationalen

Apparaten und Verfassungen bestimmt sein. Das wird das Verfahren prägen wie die Erfolgchancen begrenzen.

Aber nehmen wir an, ein direkt gewähltes Europäisches Parlament kann zusammentreten, man räumt ihm sogar ein rudimentäres Budgetrecht ein und verbessert die Konsultationsverfahren. Was würde damit an der realen politischen Verfassung Westeuropas geändert? Die Gemeinschaftsgesetze würden weiterhin von einem Organ beschlossen, das vom Parlament weder gewählt noch gestürzt werden kann, nämlich vom Ministerrat. Und die Kommission, die dem Parlament Rechenschaft schuldet, wird ebensowenig vom Parlament gewählt, so daß das vorgesehene Mißtrauensvotum keine politische Bedeutung gewinnen kann. Das direkt gewählte Parlament hätte damit noch kein verantwortliches Gegenüber.

Man mag es drehen wie man will: Eine parlamentarische Demokratie ist nicht funktionsfähig ohne Regierung, eine Regierung, die aus dem Parlament hervorgeht, ihm verantwortlich ist und von ihm erneuert wird. Sonst gibt es kein Parlament, keine parlamentarische Demokratie. Wir sollten gelernt haben, daß der Name nicht die Sache ersetzt, am wenigsten in der Politik.

Wie so oft haben Konservative hier den geschärften Sinn für Machtfragen. Es lohnt, sich die Begründung anzusehen, mit der ein namhafter Vertreter der französischen Regierungsmehrheit vor der zu frühen Übertragung von weiteren Befugnissen an das Europäische Parlament warnte. "Die demokratischen Mechanismen", so sagt er, "stoßen heute sogar schon in den Staaten, im einen oder anderen unserer Länder auf den Widerstand von Bevölkerungsgruppen, und das führt zu Manifestationen in den Straßen und zu Streiks, die man "wilde Streiks" nennt. Und obwohl es eine Rechtsordnung gibt, eine demokratische Regierung und demokratische Diskussion, ist es zuweilen nötig, daß der Innenminister die Gendarmerie oder die Mobilgarden ausrücken läßt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wo aber ist der Innenminister der Gemeinschaft, der in der ganzen Gemeinschaft den Entscheidungen des Europäischen Parlaments Geltung verschaffte?"

Ich zitiere das kaum in der Absicht, vor der Stärkung des Europäischen Parlaments zu warnen. Eine Barrikade hat ja

zwei Seiten. Worauf es ankommt, ist, daß in Europa, ganz un- bildlich gesprochen, Barrikaden heute nicht auszuschließen sind. Wer sich für eine aktive Europapolitik und für die Stärkung des Europäischen Parlemnts ausspricht, wird nicht umhin kommen, sich zu entscheiden, auf welche Seite der Barrikade er tritt. Ver- weibert er die Entscheidung, so hat er sich schon entschieden: für den Status quo, für die Verteidigung der "Besitzstände", für den Innenminister, wie konservativer Verstand ihn auffaßt. Aber sogar mit dieser Entscheidung ist das Problem nicht gelöst. Denn dieser Innenminister ist derzeit stets der nationale Polizeimini- ster und nicht ein gemeinschaftlicher Polizeiminister, den es eben nicht gibt. Mit anderen Worten: von der anderen Seite der Barrikade gesehen] ist ein starkes Gemeinschaftsparlament offenbar nicht vereinbar mit der Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe. Wollte man aber einen gemeinschaftlichen Polizei- minister einsetzen, so liefe das fast auf so etwas wie einen Umsturz von oben hinaus. Das sollte denen zu denken geben, die nicht auf jener Seite der Barrikade stehen, also das meiste von den Regierungen erwarten.

7. Die antagonistischen Widersprüche der Europäischen Gemeinschaften  
Wenn wir die Bilanz der westeuropäischen Integration abschließend überblicken, so ist sie durch eine Reihe antagonistischer Wider- sprüche gekennzeichnet.

Der erste Widerspruch besteht zwischen den produktiven Kräften und der politischen Struktur. Die produktiven Kräfte könnten in Raum und Qualität entfaltet werden, aber die durch die Staaten bestimmte politische Struktur behindert sie. Sachzwänge hier, dort das Selbstbeharrungsstreben der Politikmonopole, der Staaten also und der politischen Organisationen. Hier das Bedürfnis, die politische Struktur an die Erfordernisse der Produktivkräfte anzupassen: "Wirtschaftsunion" also und d. h. Überwindung der nationalen "Souveränität" - dort das ebenso zwingende Bedürfnis, Macht dort zu suchen und zu verteidigen, wo die Machtkonkurrenz im Gang ist: in den bestehenden Staaten.

Der zweite Widerspruch eröffnet sich zwischen den produktiven Kräften und der sozialen Organisationsform dieser produktiven Kräfte. Die gestiegenen Produktivkräfte erlauben den einzelnen und Gruppen ein höheres Maß an Selbstverwirklichung und

Befreiung. Das wird aber durch die Organisation des ökonomischen Alltags verhindert; die reichere Gesellschaft nimmt daher zunehmend antihumane Züge an. Immer mehr Macht wird produziert, aber über den Gebrauch dieser Macht wird nicht von den Urhebern - dem "Volk" - bestimmt. Mehr Macht im ganzen durch die zunehmende Produktion wie durch die Integration - aber im Widerspruch dazu zunehmende Ohnmacht der einzelnen Menschen - womit die Grundlage der Demokratie unterhöhlt wird.

Der dritte Widerspruch ist der zwischen dem Anspruch nach demokratischer Legitimation aller Macht, die sich nur in den bestehenden Staaten vollzieht und der realen Verhinderung einer demokratischen Selbstbestimmung, die mit der Organisation der Produktivkräfte übereinstimmt, d. h. in der Gemeinschaft. Die politischen Regimes unserer Länder bedürfen zu ihrer Erhaltung der Legitimierung durch jene, von denen verfassungsgemäß "die Gewalt ausgeht": dem "Volk". Im Widerspruch dazu verweigern politisch mächtige Gruppen heute die dafür nötige Reformation der Machtorganisation, d. h. die Integration der Staatenmacht in die Gemeinschaft, weil dabei das Risiko ihnen zu groß erscheint, daß jetzt bevorrechtete Machtgruppen eine Machteinbuße erleiden.

Die einzige Möglichkeit für die Regierungen, mit dieser Situation fertig zu werden, ist ein permanentes Krisenmanagement. Das aber kann die Krise nicht lösen, sondern verschleppt sie nur.

Diese Widersprüche lassen sich nicht auf Gipfelkonferenzen austragen, auflösen lassen sie sich überhaupt nicht. Der Verlauf aller Politik in Westeuropa wird sich daran bestimmen, ob diese Widersprüche ausgetragen werden, von wem und wie.

## II. Perspektiven

8. Ich glaube, daß wir, wenn wir einmal über die Bilanz im klaren sind, so wie ich sie sehr bruchstückhaft skizziert habe, uns leichter über jene Frage verständigen, die uns hier zusammenführt: Welche Perspektiven sehen wir in der Europapolitik, Perspektiven woraufhin, Perspektiven für wen? Und von wem kann was erwartet werden?

Ich bin der Überzeugung, daß der antagonistische Widerspruch zwischen Organisation der Produktionskräfte und politischer Struktur und deren Folgen, die ich eben nannte, es völlig unmöglich machen, eine gleichsam wertfreie Europapolitik anzustreben, jene vermeintlich neutrale, dem Streit der Interessen enthobene Europapolitik, die jedem vorteilhaft und niemandem schädlich wäre. Ich glaube, wenn wir diese Illusion durchschaut haben, weil wir die unumgehbaren Konflikte sehen, daß wir dann der Herausforderung der Europapolitik sehr viel eher gewachsen sein können.

Die erste Frage wird sein: Welches Europa wollen wir? Es gibt nur eine kleine Zahl von relevanten Alternativen. Das Europa, das wir ins Werk setzen, wird entweder fortfahren mit Nachahmung und Konkurrenz schlechter Vorbilder aus Vergangenheit und Gegenwart, d. h. die politische Produktivkräfte unterdrücken, durch die Organisationsform des Alltags, vermittels der Zerstörung der Persönlichkeit, so daß wir zur Inter-Aktion, zum freien Zusammenhandeln und zur Solidarität immer weniger fähig sind. Oder wir werden in Europa Zustände schaffen, in denen wir uns im Alltag, nicht bloß theoretisch und dem Anspruch nach, sondern in der konkreten Lebensgestaltung befreien können. Was ohne Konflikt zweifellos nicht möglich ist. In einer ehrwürdigen, wenn auch viel mißbrauchten Terminologie kann man sagen: Wir müssen wählen zwischen einer "linken" und einer "rechten" Politik für Europa. Meine Wahl wird Ihnen nach der ganzen Anlage der Analyse nicht zweifelhaft sein. Mögen andere anders entscheiden!

Eine solche Debatte beschreibt zunächst - scheuen wir nicht vor dem Wort zurück - eine Utopie: Die Utopie der Demokratie, wie sie ja unter historisch erledigten Voraussetzungen zur Grundnorm unserer demokratischen Grundgesetze geworden ist. Die Utopie eines Zustands, in dem die produktiven Kräfte eine Welt bilden, in der gut leben ist. Die Utopie eines Prozesses, in der viele Menschen die Fähigkeit entwickeln, die ja gewiß vorhandenen Konflikte offen auszusprechen und fair auszutragen, was die Vielfalt und den Reichtum aller menschlichen Beziehungen ermöglichen kann, nicht bloß nur der öffentlichen Beziehungen.

Lassen Sie mich beispielshalber nur in einem Punkt diese Utopie versuchsweise näher beschreiben, für die Stellung Europas in der Welt.

Wir können nicht die Vorteile der zweiten oder dritten Industriemacht haben wollen und die daraus folgende Verantwortung ablehnen. Wir können es - aber nur um den Preis der Demokratie, der Selbstbestimmung, der Freiheit. Arme Völker - die dritte Welt - können nicht mehr tun, als ihre Armut zuläßt. Ein kleines europäisches Land mag ähnlich hinter seiner Kleinheit sich verstecken. Aber die Gemeinschaft kann das nicht. Wir können nicht zugleich die erste Welthandelspotenz sein und die dritte Welt hungern lassen und sagen, wir hätten nichts damit zu tun. Wir können es - wenn wir Faschismus wollen und Rassenkrieg. Wir können nicht gegenüber Osteuropa eine Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit betreiben und zugleich den osteuropäischen Ländern durch unsere Agrar- und Außenhandelspolitik es erschweren zu exportieren. Wir können es, - aber nur wenn wir stillschweigend aber folgenscher die reaktionären Kräfte in Osteuropa unterstützen. Wir können nicht in Westeuropa das zweitgrößte Potential in Produktion und technologischem Fortschritt entwickeln und den Rüstungswettlauf der beiden Weltmächte bloß bedauern. Wir können es, - aber niemand soll dann sich einbilden, wir vermöchten Selbstverantwortung, Demokratie, Verantwortlichkeit zu Hause, in unseren Ländern und Gesellschaften durchzusetzen. Gegen die "schweigende Mehrheit", die immer bei ihrer Angst zu packen und gegen äußere Feinde zu mobilisieren ist, ist dann nicht viel auszurichten. Wir können nicht auf Traditionen uns stützen wollen und zugleich die Augen

davor verschließen, daß unsere Vorfahren etwa den Konflikt zwischen Israel und den Arabern Palästinas verschuldet haben, und die Bedingungen, unter denen dieser Konflikt ausgetragen wird. Der Beitritt Großbritanniens wird in dieser Hinsicht unsere Last noch vermehren. Wir können nicht unsere Autos mit Öl aus dem mittleren Osten betanken und diese Region in einem Unfrieden versinken lassen, in dem alles nur mehr auf die beiden tönernen Riesen, die USA und die Sowjetunion, ankommt. Wir können es - aber nur wenn wir uns den beiden Imperialismen anverwandeln wollen. Wir können nicht der wichtigste Partner der USA sein und geschehen lassen, daß sie von Vietnam nach Griechenland, von Santo Domingo nach Korea und Kambodscha freiheitstötende Regimes unterstützen, aufbauen und verteidigen. Wir können es, aber dann soll niemand hoffen, bei uns zu Hause Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft verwirklichen zu können. Freiheit ist tatsächlich unteilbar.

Das Dilemma in Europa ist aber: eine folgenschwere Spaltung des moralischen Bewußtseins von dieser Lage. Die einen stellen sich der Herausforderung und möchten wohl den oder die eigenen Staaten stärken, damit sie ihrer Verantwortung entsprechend zu handeln vermöchten. Aber das mangelnde gesellschaftliche Problembewußtsein führt in die Widersprüche der westlichen Entwicklungspolitik. Die anderen gehen vom Bewußtsein eben dieser gesellschaftlichen Probleme aus, verweigern aber, staatliches Handeln als Instrument dafür anzuerkennen und den geeigneten Staat als Voraussetzung jeden wirksamen Handelns anzustreben.

9. Damit ist einer der wundesten Punkte aller linken Strategien angerührt - Ursache ihrer folgenschwersten Schwäche. Während die Reformisten sich nur auf die übernommenen Staaten einlassen - eben auf jene unzulänglichen Staaten, unter denen wir leiden - sind die Orthodoxen, die theoriebewußten Gruppen auf einen negativen Glauben eingeschworen: das Dogma vom Absterben des Staates.

An dieses Dogma glaube ich nicht. Weder stimmt es mit der Erfahrung überein, noch ist es das Ziel.

Überall wird der Einfluß staatlicher Interventionen größer statt kleiner. Zu oft haben wir erfahren müssen, daß jede Initiative zur Emanzipation eben nur politisch, staatlich - nicht aber sachlich oder gesellschaftlich - entschieden wird: Sie wird politisch durchgesetzt oder scheitert politisch. Nirgends, weder in West noch in Ost ist der Rüstungsstaat in seinem Vormarsch aufgehalten worden: er prägt mehr als alles andere die Bedingungen für Politik. Östliche und westliche Gesellschaftstheorie stimmen darin überein: es ist die noch zunehmende Intervention des Faktors "Staat", die das privatkapitalistische Sozialregime vor Zerrüttung und Katastrophen bewahrt, die bestehende Gesellschaftsordnung stabilisiert hat. Nirgends sind emanzipatorische Innenpolitik, sachliche Wirtschaftspolitik, gesellschaftliche und individuelle Freiheit möglich, wenn die außenpolitischen Bedingungen dafür ungünstig sind: Am schärfsten hat das die sowjetische Invasion der CSSR gezeigt. Der Versuch eines Sozialismus in Freiheit und im Rechtsstaat ist offenbar nur möglich in Verbindung mit einer angemessenen Militär- und Sicherheitspolitik. Die Chancen für einen sich ernst und beim Wort nehmenden demokratischen Sozialismus im Westen sollten nicht vorschnell höher veranschlagt werden. Der Prager Vorgang hat überdies neuerdings bestätigt, daß die in Ost und West herrschenden Reaktionäre miteinander kollaborieren, während die emanzipatorisch gesinnten Gruppen, hier wie dort, zur praktischen Solidarität nicht fähig sind - es fehlen ihnen die politischen Mittel dafür. Das Mittel dafür ist ein zweckmäßiger Staat. Er wurde bisher für sie nicht zum Aktionsziel. Wir wissen wohl, daß fast alle Macht, soweit sie nicht als äußerste Zerstörungskraft bei den beiden Weltmächten liegt, noch immer in unseren Nationalstaaten vereinigt ist. Sie haben uns gegenüber ein Monopol. Auch wir selber müssen ja bei unseren Aktionen mit den Nationalstaaten rechnen: Mit nationalen Parteien, nationalen Verbänden, nationalen Rechts- und Verwaltungsapparaten (samt ihren internationalen Anhängseln) und mit einer dementsprechend nationalisierten Öffentlichkeit. Mit dieser "einzigen politischen Realität" (de Gaulle) müssen wir rechnen, können uns mit ihr aber nicht abfinden. Wenn es richtig ist, daß alle legitime Gewalt vom Volk ausgeht, dann muß sich das Volk nicht nur die Gesellschaft erkämpfen, die es braucht,

sondern auch den Staat.

Lassen Sie mich zum Schluss die Debatte über die Ziele einer emanzipatorischen Politik in und für Europa mit zwei Bemerkungen einführen. Welches ist das geeignete Operationsfeld? Und welche politische Struktur muss auf absehbare Frist geschaffen werden, wenn die Befreiung in dem bedeutenden Sinn gelingen soll?

Ich halte dafür, dass das geeignete Operatinsfeld in Europa Europa ist - und nicht in erster Linie der Nationalstaat oder die Welt insgesamt. Der Grund ist leicht einzusehen: Die Produktivkräfte lassen sich nicht mehr national entwickeln, und auch immer weniger im kleineren lokalen oder regionalen Bereich. Die Unternehmens- und Kapitalkonzentration ist ja nicht primär von den derzeitigen Machtverhältnissen verursacht oder von den vorherrschenden privaten Profitinteressen. Auch wenn das Eigentum an Produktionsmitteln nicht in privater Hand wäre, wenn diese oder jene Form industrieller Demokratie verwirklicht wäre, würden die wirtschaftlichen Einheiten häufig wachsen und transnational operieren müssen, ja dann erst recht. Nicht in erster Linie auf diesem Feld zu operieren, wäre also eine ungerechtfertigte Selbstbeschränkung. Noch ein zweiter Grund spricht für die "linke" Europa-Politik. Er liegt in den Widersprüchen zwischen nationalen Politikmonopolen und dem Politikbedarf der transnationalen Produktion. In dieser Spannung sind die Staaten wandelbar, und die Politikmonopole sind in Frage zu stellen.

Welche politische Struktur muss in Europa angestrebt werden, damit eine Strategie der Befreiung Chancen hat? Hier wird man sich nicht leicht verständigen können. Kann man sich vorstellen, der anti-politische Charakter des Alltags könnte überwunden werden, ohne dass es zu neuen Formen politischer Organisation, zu einem neuen Staat, kommt? Man wird die Frage nicht vor-schnell abtun dürfen. Die Aufgabe, nicht-repressive Institutionen einzusetzen, wird nicht durch die Abschaffung jeglicher

politischen Institution gelöst werden können. Die z.Zt. schädliche Machtverteilung kann geändert werden, wenn die sie garantierende nationalstaatliche Struktur durch eine Gemeinschaft aufgehoben wird, die das Ergebnis einer emanzipatorischen Politik ist. Die Grundlage dafür ist gegeben: In den parallelen Interessen der auf Befreiung drängenden Gruppen und einzelnen in allen europäischen Ländern. Nur so kann eine tragfähige Mehrheit von Sizilien bis Schottland aufgebaut werden.

Dies erst: die mögliche Mehrheitsbildung schafft die Voraussetzung für ein wirksames Europäisches Parlament. Ohne grenzüberschreitende, transnationale Meinungsbildung in der Gemeinschaft gibt es keine wirksamen politischen Fraktionen in diesem Parlament, fehlt damit die Voraussetzung dafür, dass es aus seiner Mitte das unentbehrliche Gegengewicht bilden kann: die gemeinschaftliche Exekutive.

Denn ein Parlament für sich ist noch kein Machtfaktor: es ist es nur in dem Maße, als es die Regierung bilden und kontrollieren kann. An wen sonst wenden sich seine Initiativen und seine Kritik? Regierung - und sei es in der Miniform einer Kommission - ist also ein Ziel. Damit wäre der Kern von Gegenmacht geschaffen, der die Aphorien der nationalstaatlichen Europa-Politik aufsprengen kann. Denn dabei geht es um Macht und Gegenmacht, nicht um schlechten oder guten Willen. Zu europäischer Integration und damit zum Ende von Stagnation und Krise wird es nur kommen, wo Gegenmacht akkumuliert und so die nationale Machtreproduktion aufgesprengt werden kann.

Aber die Voraussetzungen dafür - ich deutete es an, sind erst noch zu schaffen: eine gemeinschaftsweite Öffentlichkeit, die die national separierten Meinungsmärkte aufsprengt, die Informationsmonopole bricht; damit eine europäische Meinungsbildung ermöglicht. Das wird möglich, wenn wir die Ursache für die nationalen

Meinungsmärkte beseitigen: jene der Diplomatie entlehnte Regel, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Diese Regel ist mit erfolgreicher Gemeinschaftspolitik nicht zu vereinbaren. Das, was in den Gemeinschaftsländern geschieht, betrifft alle, ist eine permanente Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Partnerländer legitim. Sie erzwingt die gemeinschaftsweite Diskussion und damit übernationale Meinungsbildung: einen "gemeinsamen Markt für Information", einen "gemeinsamen Markt für Politik"; schafft damit letztlich die Voraussetzungen für eine gemeinsame Politik, die nicht wie bisher von Administrationen und Diplomaten verantwortet, sondern von der Öffentlichkeit getragen wird. Damit entstehen auch die Bedingungen für ein Gemeinsames von Gruppen; nur so können Kooperation und Zusammenschluss von Gewerkschaften und Parteien vorbereitet werden.

Das wird nicht ohne Spannungen und Schwierigkeiten für die Sachwalter des politischen und sozialen Lebens abgehen. Aber die sind ohnehin nicht zu vermeiden.

Was bedeutet all das für die Lohnabhängigen und ihre legalen Vertretungen? Wir haben vor drei Jahren hier an dieser Stelle darüber diskutiert, und wir haben wenig Übereinstimmung erzielt damals. Seither haben wir Erfahrungen gemacht, die unser Gespräch erleichtern werden. Die Tendenz ist nunmehr deutlicher nachzuweisen, wie die wichtigsten Unternehmen sich zunehmend transnational organisieren oder kooperieren, und die Gewerkschaften automatisch in Nachteil geraten, wenn sie nicht sich zur Gegenwehr entschliessen.

In diesen Jahren sind auch einige technische Voraussetzungen für eine solche Gegenwehr in den Bereich des möglichen gerückt. Hat man noch vor drei Jahren hier abgewinkt, als erwogen wurde eine offensive Mitbestimmungsdiskussion in allen Gemeinschaftsländern auszulösen, so ist dieser Vorbehalt nun wohl schwächer geworden. Die Frage ist aber, mit welchen politischen

Absichten man sich auf neue Rechtsformen und Hilfsmittel einlässt.

Ähnlich könnte man die Gründung des EBFG als einen ersten Schritt hin zu einer aktionsfähigen europäischen Gewerkschaftsbewegung auffassen. Auch hier ist die Frage was man sich zutraut und was man für unabdingbar hält.

Schliesslich ist gegenüber dem Problem einer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, die anders ausgerichtet sind als etwa der DGB, an die Stelle emotionaler Diskussionsverweigerung nun doch eine Haltung der realistischen Zuerkenntnisnahme getreten. Auch Ansätze zu einer transnationalen Kooperation von Parteien sind zu verzeichnen. Die Anwesenheit von Mitgliedern der kommunistischen Partei Italiens im Europäischen Parlament könnte zu einer Versachlichung dieser heiklen Debatte veranlassen. So wird unter vielleicht günstigeren Vorzeichen die gleiche und gleich wichtige Frage zu stellen sein: wollen die linken Parteien und die legalisierten Vertretungen der Lohnabhängigen ihre transnationale Verschmelzung einleiten, - als Vorbedingung für eine Strategie der Befreiung?